

Gipfel-Gegner: Kritik an Rech

ORTENAU (BZ). Auf scharfe Kritik stießen bei den regionalen Gegnern des Nato- Gipfels die jüngsten Äußerungen von Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech. Dieser hatte eine harte Gangart der Polizei gegen Blockierer gefordert und angekündigt, radikale Gipfelgegner mit Meldeauflagen und Reiseverboten vom Protest fernhalten zu wollen.

"Wer, wie Rech, ohne Beweise Camps pauschal als Rückzugsorte für Straftäter bezeichnet, wer Polizeieinsätze mit den Worten wie 'im Keim ersticken' ankündigt, will selbst die Eskalation von Gewalt", sagt Evi Woisetschläger (alias "Mimi Mimram") vom Anti-Nato-Bündnis "Resistance de deux rives".

"Das Getöse des Herrn Rech passt ins Bild der Kriminalisierung der Protestbewegung, wie man es von anderen Gipfeln, wie dem in Heiligendamm, kennt." Darüber hinaus befürchten die Nato-Gegner massive Rechtsverstöße der Polizei.

"Wer schon jetzt radikalen Protest mit Meldeauflagen und Reiseverboten vom Protest abhalten will, dessen Ziel ist die Aushöhlung des Demonstrationsrechtes. In Heiligendamm führte ein solches protestpräventives Vorgehen der Polizei zu mehreren hundert Einreiseverboten, zu über 1000 Ingewahrsamnahmen von völlig friedlichen Aktivisten. Letztendlich installierte die Polizei damals eine demokratiefreie Zone um den Gipfel", so Woisetschläger weiter.

Die Gruppe "Resistance de deux rives" wird am Montag, 19. Januar, 19 Uhr, in Offenburg im Vereinsraum von Alarm e. V. eine Veranstaltung zu dem Thema "Polizeiliche Rechtsverstöße bei Gipfel: Erfahrungen aus Heiligendamm, Erwartungen an den Nato-Gipfel" durchführen, zu der sie alle Interessierten einlädt. Mit Matthias Monroy von der Berliner "Gipfelsoli Infogruppe" und Dieter Rahmann von der Prozessbeobachtungsgruppe Rostock berichten zwei Kenner der konkreten Geschehnisse beim früheren Nato-Gipfel in Heiligendamm.